

E 203-NR/XX. GP

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 13. Juli 1999

betreffend Verbesserungen für Beisitzer von Wahlbehörden und Vertrauenspersonen bei bundesweiten Wahlen

1. Die Bundesregierung wird ersucht zu prüfen, ob bei bundesweiten Wahlen der Gebührenanspruch für Beisitzer von Wahlbehörden und Vertrauenspersonen angehoben werden kann, wobei diese Frage mit den Ländern und Gemeinden auf Grund der Kostentragung abzuklären ist.
2. Die Bundesregierung wird ferner ersucht, sich im Rahmen der EU für die Änderung des Ratsakts zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments vom 20. September 1976 dahin gehend einzusetzen, daß in Hinkunft bei Europawahlen auch bereits vor 22 Uhr eine Stimmenaushählung vorgenommen werden kann.
3. Darüber hinaus wird die Bundesregierung ersucht zu prüfen, inwieweit durch weitere geeignete Maßnahmen die Durchführung von Europawahlen erleichtert werden kann.